

Ratsherr Dr. Wilmers erläutert die Meinung der SPD-Fraktion zur Verkehrsproblematik, insbesondere durch die Ampelanlage. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 16. Juni 2020.

Die UWG-Fraktion, so Ratsherr Huth, sieht keine bessere Lösung, die Verkehrsproblematik in diesem Bereich in den Griff zu bekommen. Hier müsse abgewogen werden, was gewollt ist. Auf der einen Seite werde ein Jugendmedizinisches Zentrum und Wohnraum geschaffen, auf der andere Seite müsse natürlich auch der Verkehr abfließen. Da das Problem aus seiner Sicht nicht anders zu lösen ist, werde die UWG dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen werde dem Beschlussvorschlag so nicht zustimmen und folge inhaltlich den Anträgen der SPD, so Ratsherrn Dr. Lenke. Es gehe darum, nochmal den Standort des Jugendmedizinischen Zentrums in Frage zu stellen. Er stellt die folgenden Anträge (die er bereits in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr am 26. Mai 2020 gestellt hat):

- 1.) § 13 a des Baugesetzbuches (BauGB) wird nicht in Anspruch genommen und der Eingriff wird ausgeglichen
- 2.) der Abwägung des Kreises wird gefolgt, dass den Bauherren die Einrichtung eines Blockheizkraftwerkes auferlegt wird.

Ratsherr Joachim Schneider, CDU-Fraktion, hält es für notwendig, dass es hier ein klares Votum für das Jugendmedizinische Zentrum geben muss, damit für den Investor auch Planungssicherheit bestehe. Zwar werde die Verkehrssituation ebenfalls kritisch gesehen, aber auch noch Eingriffsmöglichkeiten bei der Aufstellung des Bebauungsplanes gesehen.

Ratsfrau Koch, SPD-Fraktion, kritisiert die Vorgehensweise. Als das Konzept Anfang 2019 vorgestellt wurde, gab es keinerlei Vorgespräche und auch kein Gespräch mit den Fraktionen. Vielleicht hätte im Vorfeld eine andere Lösung gefunden werden können. Die Verkehrsprobleme seien heute schon elementar und man könne nicht einfach darüber hinwegsehen. Hier sei ein Dauerstau vorprogrammiert.

Ratsherr Danz, SPD-Fraktion, macht ebenfalls auf die massiven Verkehrsprobleme an dieser Stelle aufmerksam. Diese wurden aus dem Verkehrsgutachten deutlich. Er bemängelt, dass die Verwaltung dies bewusst nicht kommentiert und ausgeführt hat.

Ratsherr Beißel, CDU-Fraktion, verdeutlicht, dass die bisher vorliegenden Verkehrskonzepte immer im Zusammenhang mit Projekten erstellt wurden. Dazu sei die Stadt auch verpflichtet gewesen. Dass Verkehrsprobleme in Rheinbach herrschen, sei allgemein bekannt. Aber von einem Verkehrschaos könne nicht gesprochen werden. Eigentlich sollten alle stolz sein, dass die medizinische Versorgung für Kinder ergänzend zu dem bisherigen medizinischen Angebot erweitert wird.

Die FDP-Fraktion, so Ratsherr Logemann, werde sich für das Jugendmedizinischen Zentrum aussprechen, da keine neuen Erkenntnisse vorliegen. Die Bedenken der SPD seien dokumentiert und im Fachausschuss ausführlich diskutiert worden.

Bürgermeister Raetz lässt nun über die vorliegenden Anträge einzeln abstimmen: